



Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

2. Sitzung (nichtöffentlich)

21. September 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 17.10 Uhr

Vorsitz: Klaus Stallmann (CDU)

Stenograf/in: Heike Niemeyer, Christoph Filla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
---	--------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung	1
---	----------

s. Diskussionsprotokoll

1 Aktuelle Viertelstunde	
---------------------------------	--

hier: Polizeistärke in Nordrhein-Westfalen (beantragt von der Fraktion der CDU mit Schreiben vom 19. September)	2
--	----------

- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums
- kurze Diskussion

- 2 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/150

4

- kurze Diskussion

- 3 Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1999**

Vorlagen 13/4 und 13/98
Zuschrift 13/0071

in Verbindung damit:

- 9 Entwicklung rechtsextremer Gewalt sowie rechtsextremer Gruppierungen in unserem Land und ihrer Präsenz in den Medien, insbesondere den neuen Medien (s. Anlage 1)**

Vorlage 13/4 (Verfassungsschutzbericht)
Zuschrift 13/71

5

- Bericht des Leiters der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium
- Diskussion unter den Schwerpunkten "NPD-Verbot" und "Rechtsextremismus im Internet"

4 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Vereinswesens

Vorlage 13/0035

13

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Ausschuss gehört worden ist.

5 Mehr Demokratie wagen - Für Transparenz und Bürgernähe

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/25

14

Die Abstimmung über den Antrag wird nach kurzer Diskussion auf Wunsch der CDU-Fraktion vertagt.

6 Neuregelung der Zuwanderung

Einführung eines Quoten- und Integrationsverfahrens

Unterstützung des Gesetzentwurfs der F.D.P.-Bundestagsfraktion - Drucksache 14/3679 -

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 13/106

Vorlage 13/0057

15

Nach längerer Diskussion darüber, ob eine solche Diskussion anhand eines in den Bundestag von einer der dort vertretenen Fraktionen eingebrachten Gesetzentwurfes in einem Landtag geführt werden und in welchem Zusammenhang die Diskussion auf Landesebene zu der auf Bundesebene gebildeten Zuwanderungskommission stehen sollte, einigt sich der Ausschuss auf Anregung des Vorsitzenden mit den Stimmen aller Fraktionen darauf, die zur Behandlung des Antrages zur Verfügung stehende Zeitspanne - die Frist ende am 21.01.2001 - unter dem Gesichtspunkt, dass der Migrationsausschuss sich angesichts der kommenden Plenarwoche und der anschließenden sitzungsfreien Zeit bis zur nächsten Sitzung des Innenausschusses noch nicht geäußert haben werde, nicht zu verkürzen, sondern den Antrag in öffentlicher Sitzung in der ersten Sitzung des Jahres 2001 im federführenden Innenausschuss abzustimmen.

- 7 Erste Erfahrungen mit der neuen Landeshundeverordnung (s. Anlage)**
- Zuschriften: 13/0020, 13/0027, 13/0028, 13/0033, 13/0034, 12/0035,
13/0037, 13/0038, 13/0039, 13/0040, 13/0043, 13/0048,
13/0054, 13/0060, 13/0061, 13/0062, 13/0063, 13/0067,
13/0069, 13/0074, 13/0088 19
- Bericht des Innenministers
 - Diskussion
- 8 Tödliche Verletzungen von drei Polizeibeamten am 14. Juni 2000 (s. Anlage 2)**
- Vorlage 13/66 23
- kurze Diskussion
- 10 Bombenanschlag in der Düsseldorfer Innenstadt - S-Bahnhof Wehrhahn - am 27. Juli 2000 (s. Anlage 3)**
- Vorlage 13/92 24
- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums
 - Diskussion
- 11 - Eingedeutschte, nordrhein-westfälische Form des amerikanischen Anhaltens von Fahrzeugen durch die Polizei**
- **Eigensicherung im Polizeidienst (s. Anlage 4)** 27
- Bericht des Inspektors der Polizei

- 12 Ergänzung der neuen Studienordnung mit Trainingsbausteinen, ähnlich der Modulausbildung für den mittleren Dienst der Polizei (s. Anlage 5) 28**
- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums
 - kurze Diskussion
- 13 Unterziehschutzwesten für die Polizei - Vorführung von Mustern (s. Anlage 6) 28**
- Vorführung von Schutzwesten
 - Diskussion über die Anschaffung schuss- und stichfester Westen
- 14 Iranische Flüchtlingskinderhilfe e. V. (Köln) (s. Anlage 7) 30**
- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums
- 15 Einsatz von Videoüberwachungskameras durch die Polizei in Nordrhein-Westfalen (s. Anlage 8) 31**
- Vorlage 13/93
- Diskussion über die Geeignetheit der für ein Pilotprojekt ausgewählten Stadt und des entsprechenden Platzes

**16 Auslagen eines Nebenklägers im Prozess vor dem Landgericht Wuppertal
(Bildzeitung vom 04.08.2000) (s. Anlage 8) 35**

- Bericht eines Mitarbeiters des Innenministeriums
- kurze Diskussion

hoffentlich im nächsten Jahr flächendeckend eingeführt werde. Davon erwarte man sich eine erhebliche Verminderung der im Polizeibereich nicht zuletzt systembedingt anfallenden Überstunden. - Zahlen für das Jahr 2000 existierten noch nicht, könnten aber erhoben werden, fügt **Innenminister Dr. Fritz Behrens** hinzu.

Die Ende 1999 genannte Zahl von 53.000 Stellen war und ist nach Auskunft des **Innenministers** richtig. Selbstverständlich aber verändere sie sich laufend. Im Übrigen habe er von Stellen und nicht von Beschäftigten gesprochen, was einen großen Unterschied ausmache. Denn die Zahl der jeweils tatsächlich Beschäftigten herauszufinden erweise sich als ziemlich schwierig, da immer etliche Stellen ständig wechselnd aufgrund von Krankheit, Mutterschutz und Ähnlichem nicht besetzt seien, immer wieder Beschäftigte vorzeitig ausschieden etc.

2 Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Nachtragshaushaltsgesetz 2000) und Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/150

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Ausschuss über Änderungsanträge und den Haushalts insgesamt spätestens in seiner Sitzung am 26. Oktober abstimmen müsse.

Horst Engel (F.D.P.) signalisiert Zustimmung seiner Fraktion zu dem Etatentwurf und bedankt sich ausdrücklich für die Zurverfügungstellung von 10 Millionen DM für die Beschaffung von ballistischen Unterziehschutzwesten inklusive Stichschutz.

Innenminister Dr. Fritz Behrens erläutert, diese als Verpflichtungsermächtigung etatisierten 10 Millionen DM könnten zu Beginn des Jahres 2001 verausgabt werden. Für den Haushalt 2001 habe er nochmals 20 Millionen DM beantragt. Bei positiver Entscheidung des Kabinetts über eine weitere Verpflichtungsermächtigung für 2002 in Höhe von 30 Millionen DM, von der er ausgehe, ständen dann die immer wieder als notwendig berechneten 60 Millionen DM für den genannten Zweck zur Verfügung.

Eine schriftliche Beantwortung sagt der Minister für die Frage des **Theodor Kruse (CDU)** zu, der sich nach den Auswirkungen der Kürzungen bei Tit. 643 20 - Kostenerstattung an die Landschaftsverbände gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1 FlüAG sowie die Träger der öffentlichen Jugendhilfe gemäß § 5 Abs. 2 FlüAG i.V.m. § 2 Nr. 1 FlüAG - in Kap. 03 030 - Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge - um rund 4,2 Millionen DM erkundigt und dabei das Urteil des OVG Münster im Falle der Stadt Selm einbezogen wissen will.

3 Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1999

Vorlagen 13/4 und 13/98
Zuschrift 13/0071

in Verbindung damit:

9 Entwicklung rechtsextremer Gewalt sowie rechtsextremer Gruppierungen in unserem Land und ihrer Präsenz in den Medien, insbesondere den neuen Medien (s. Anlage 1)

Vorlage 13/4 (Verfassungsschutzbericht)
Zuschrift 13/71

Vorsitzender Klaus Stallmann informiert den Ausschuss darüber, dass der Hauptausschuss diese Thematik in seiner Sitzung am 24. August behandelt habe; ein Auszug aus dem Sitzungsprotokoll und den darin erwähnten Bericht der Ausländerkommission (vgl. Vorlage 13/88) sei mit Schreiben vom 11. September übersandt worden.

Ministerialdirigent Dr. Möller (Innenministerium) trägt einleitend vor:

Seit der Diskussion im Hauptausschuss gibt es drei Punkte, über die aus aktuellem Anlass zu berichten wäre: erstens das geänderte Verhalten der NPD seit dem laufenden Verbotsverfahren, zweitens ein Bericht über den aktuellen Stand dieses Verfahrens, und drittes die Aktion vom 14. September, die der Bundesinnenminister gegen die Vereinigung "Blood & Honour" durchgeführt hat. Dies würde ich gerne ergänzend zum Verfassungsschutzbericht vortragen, um dann auf die allgemeinen Fragen von Herrn Jentsch einzugehen.

Wir hatten schon in der Hauptausschusssitzung darauf hingewiesen, dass sich die NPD von der Diskussion über das Vereinsverbot durchaus beeindruckt zeigt und angekündigt hat, sich vorerst mit öffentlichen Aktionen zurückzuhalten. Dieser vorsichtigere



Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf
Telefon: 0211-884 2381 Telefax: 0211-884 2043
E-mail: spd-fraktion@landtag.nrw.de
Internet: <http://www.spd-fraktion-landtag.nrw.de>

SPD-Fraktion Nordrhein-Westfalen • 40221 Düsseldorf

Herrn
Klaus Stallmann MdL
Vorsitzender des Ausschusses
für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform
z. Hd. Herrn Wolfgang Fröhlecke

25. Juli 2000

im Hause


Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

namens der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Ausschusses um folgenden Tagesordnungspunkt zu erweitern:

- Bericht des Innenministers über die Entwicklung rechtsextremer Gewalt sowie rechtsextremer Gruppierungen in unserem Land und ihrer Präsenz in den Medien, insbesondere den neuen Medien.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Jürgen Jentsch

i.A.


(Rudolf Jürgens)
Referent



Jürgen Jentsch MdL

SPD-FRAKTION
DES LANDTAGES
IN NORDRHEIN-
WESTFALEN

SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen · 40221 Düsseldorf

15. Juni 2000

Herrn
Wolfgang Fröhlecke

im Hause

Sehr geehrter Herr Fröhlecke,

hiermit möchte ich Sie bitten zu veranlassen, dass in der nächsten Sitzung des Innenausschusses folgender Antrag auf die Tagesordnung genommen wird:

Namens der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich einen Bericht der Landesregierung über die Vorfälle vom 14. Juni 2000.

Unter dem 14. Juni 2000 wurden drei Polizeibeamte bei der Verrichtung ihrer täglichen Arbeit durch Schüsse tödlich verletzt.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Jürgen Jentsch
I.A.

Rudolf Jürgens
Referent

INTERNET:
<http://www.fraktion.nrw.spd.de>
E-MAIL:
fraktion.spd@nrrw7a.euro.net.de

Platz des Landtags
40221 Düsseldorf 238
Telefon 02 11 - 8 84 22 90
Telefax 02 11 - 8 84 22 90

Jürgen Jentsch MdL
Anlage 3 zu APr 13/62
Vorsitzender des Arbeitskreises
Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform



SPD-FRAKTION
DES LANDTAGES
IN NORDRHEIN-
WESTFALEN

SPD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen · 40221 Düsseldorf

31. Juli 2000

Herrn
Klaus Stallmann MdL
Vorsitzender des Ausschusses
für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform
z. Hd. Herrn Wolfgang Fröhlecke

im Hause

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit möchte ich Sie bitten zu veranlassen, dass in der nächsten Sitzung des Innenausschusses folgender Antrag auf die Tagesordnung genommen wird:

Namens der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich einen Bericht der Landesregierung über den Bombenanschlag in der Düsseldorfer Innenstadt - S-Bahnhof Wehrhahn - am Donnerstag, dem 27. Juli 2000.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Jürgen Jentsch
I.A.

Rudolf Bürgens
Referent



Landtag Nordrhein-Westfalen

Horst Engel MdL

Landtag NRW Horst Engle' MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1

40221 Düsseldorf

11. Juli 2000

Tel. (02 11) 88 4 - 2346

Fax (02 11) 88 4 - 3606

Herrn
Wolfgang Fröhlecke
Ausschussassistent
des Ausschusses
für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform

im Hause

**Nächste Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und
Strukturreform;**

- "Eingedeutschte, nordrhein-westfälische Form des amerikanischen
Anhaltens von Fahrzeugen durch die Polizei"

Sehr geehrter Herr Fröhliche,

hiermit möchte ich Sie bitten zu veranlassen, daß in der nächsten
Sitzung des Innenausschusses zum Antrag der SPD-Fraktion über die
Vorfälle vom 14. Juni 2000 (Ermordung von drei Polizeibeamten)
ergänzend von der Landesregierung berichtet wird über den

**Stand der Prüfung einer "eingedeutschten,
nordrhein-westfälischen Form des amerikanischen
Anhaltens von Fahrzeugen durch die Polizei".**

**Dabei soll auch berichtet werden über die
rechtlichen Voraussetzungen zur Legalisierung und
über die Möglichkeiten einer bundesweiten Einführung
und einer begleitenden Öffentlichkeitsarbeit.**

Ich hatte mich in meiner Rede vor dem Plenum (28. Juni 2000, Plenar-
protokoll 13/4, S. 101, B) für dieses Verfahren ausgesprochen.
Innenminister Dr. Fritz Behrens hatte in seiner Antwort vor dem
Plenum eine Prüfung zugesagt (Plenarprotokoll 13/4, S. 104, B):
"Nichts von allem, auch nichts von dem, was hier gesagt worden ist,
meine Damen und Herren, meine verehrten Vorredner, wird ungeprüft
bleiben. Alles ist in unsere Kataloge aufgenommen".

Mit freundlichen Grüßen

Horst



Landtag Nordrhein-Westfalen

Horst Engel MdL

Landtag NRW Horst Engel MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Herrn
Wolfgang Fröhlecke
Ausschussassistent
des Ausschusses
für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel. (02 11) 88 4 - 2376
Fax (02 11) 88 4 - 3606

14. Juli 2000

im Hause

Nächste Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und
Strukturreform;

- Ergänzung meines Antrages vom 11. Juli 2000, "Eingedeutschte,
nordrhein-westfälische Form des amerikanischen Anhaltens von
Fahrzeugen durch die Polizei"

Sehr geehrter Herr Fröhlecke,

hiermit möchte ich Sie bitten zu veranlassen, daß in der nächsten
Sitzung des Innenausschusses zum Antrag der SPD-Fraktion über die
Vorfälle vom 14. Juni 2000 (Ermordung von drei Polizeibeamten), er-
gänzend zu meinem o.a. Antrag, von der Landesregierung berichtet wird
über die

praktische Erfahrung mit der durch Leitfaden "Eigensicherung
im Polizeidienst", Ziffer 3.2.3, Anhalten von Fahrzeugen von
hinten, vorgesehenen Möglichkeit (LF 37'92).

Dabei sind u.a. folgende Fragen von Bedeutung:

1. Sind alle im Streifendienst eingesetzten Fahrzeuge mit dem
"Anhaltesignalgeber" ausgerüstet (RTK 4 o. 6 mit Lauf-
schrift)?
2. Reicht die bisherige Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit
aus dies Anhalteverfahren, je nach Anlaß, verstärkt und
konfliktfrei zur Anwendung zu bringen?
3. Besteht Handlungsbedarf?

Mit freundlichen Grüßen

Horst



Landtag Nordrhein-Westfalen
F.D.P.-Fraktion

Horst Engel MdL
Stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Landtag NRW Horst Engel MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Herrn
Wolfgang Fröhlecke
Ausschussassistent
des Ausschusses
für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

17. Juli 2000

Tele. (02 11) 88 4 - 23 96
Fax (02 11) 88 4 - 36 06
E-Mail: horst.engel@landtag.nrw.de
www.horstengeel.de

im Hause

**Nächste Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und
Strukturreform;**
- Ergänzung der neuen Studienordnung mit Trainingsbausteinen, ähnlich
der Modulausbildung für den mittleren Dienst der Polizei

Sehr geehrter Herr Fröhlecke,

hiermit möchte ich Sie bitten zu veranlassen, daß in der nächsten
Sitzung des Innenausschusses zum Antrag der SPD-Fraktion über die
Vorfälle vom 14. Juni 2000 (Ermordung von drei Polizeibeamten) er-
gänzend von der Landesregierung berichtet wird über die

Ergänzung der neuen Studienordnung, nach der ab dem
1. September dieses Jahres verfahren werden soll, mit
neuen Trainingsbausteinen, ähnlich der Modulausbildung,
für den mittleren Dienst. Diese Trainingsbausteine
müssen verstärkt Sachverhalte in Form von Übungen
und Rollenspielen enthalten. Sie müssen sich neben
den polizeilichen Standardsituationen vor allem auf
die Gefahrensituationen beziehen.

Ergänzend muß mit der berufsbegleitenden integrierten
Fortbildung so sensibilisiert werden, dass sie auch dem
Anspruch einer Einsatzfortbildung entspricht.

Innenminister Dr. Fritz Behrens hatte in seiner Rede vor dem Plenum
(28. Juni 2000, Plenarprotokoll 13/4, S. 104, B) davon gesprochen.
Hier stimme ich ihm ausdrücklich zu, "daß geprüft wird, was wir tun
können, was wir an Ausbildung, Fortbildung, Ausrüstung und beim Um-
gang von Polizei mit Bürgern verbessern können, um solche
Situationen, die Gefahren heraufbeschwören, so selten wie möglich
machen".

Mit freundlichen Grüßen



Landtag NRW Horst Engel MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Herrn
Wolfgang Fröhlecke
Ausschussassistent
des Ausschusses
für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel. (02 11) 88 4 - 2396
Fax (02 11) 88 4 - 3606

11. Juli 2000

im Hause

**Nächste Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung und
Strukturreform;**
- Unterziehschutzwesten für die Polizei - Vorführung von Mustern

Sehr geehrter Herr Fröhlecke,

hiermit möchte ich Sie bitten zu veranlassen, daß in der nächsten Sitzung des Innenausschusses zum Antrag der SPD-Fraktion über die Vorfälle vom 14. Juni 2000 (Ermordung von drei Polizeibeamten) ergänzend von der Landesregierung berichtet wird über den

Stand der Prüfung, Beschaffung, Kosten und Aus-
rüstung der Polizei mit Unterziehschutzwesten, die
sowohl hinreichenden ballistischen Schutz als auch
einen angemessenen Durchstichschutz gewährleisten.
Zur Verbesserung der Anschaulichkeit bitte ich,
daß dem Ausschuß Muster der Schutzwesten gezeigt
werden. Dabei soll es sich einerseits um die Schutz-
westen handeln, die bereits im dienstlichen Gebrauch
der Polizei sind und um Schutzwesten, die sich
andererseits noch in der technischen Überprüfung
durch die Polizei befinden.

Innenminister Dr. Fritz Behrens hatte in seiner Rede vor dem Plenum (28. Juni 2000, Plenarprotokoll 13/4, S. 105, D) davon gesprochen. Hier stimme ich ihm ausdrücklich zu, daß ein "Hersteller jetzt eine Unterziehschutzweste anbietet, die bisher noch nicht überprüft worden ist, ein Musterprodukt, das nur 1,6 kg wiegt und dennoch der Schutzklasse 1 entspricht. Diese Weste bietet ohne zusätzliche Ausstattung keinen Stichschutz, so daß sie unsere Anforderungen nicht erfüllt. Aber ich höre, daß die Ausstattung mit Stichschutz gewichtsmäßig leicht möglich wäre".

Mit freundlichen Grüßen

Horst Engel



Landtag Nordrhein-Westfalen
F.D.P.-Fraktion

Horst Engel MdL
Stellvertr. Fraktionsvorsitzender

Landtag NRW Horst Engel MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Herrn
Wolfgang Fröhlicke
Ausschussassistent
des Ausschusses
für Innere Verwaltung und
Verwaltungsstrukturreform

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel. (02 11) 88 4 - 23 96
Fax (02 11) 88 4 - 36 06
E-Mail: horst.engel@landtag.nrw.de
www.horstengel.de

im Hause

2000-07-27

Nächste Sitzung des Ausschusses für innere Verwaltung und Strukturreform;
- „Iranische Flüchtlingskinderhilfe e.V.“ (Köln)

Sehr geehrter Herr Fröhlicke,

namens der F.D.P.-Fraktion beantrage ich einen Bericht der Landesregierung über den Verein „Iranische Flüchtlingskinderhilfe e.V.“

Nach Medienberichten soll das Bundeskriminalamt (BKA) über Erkenntnisse verfügen, „nach denen der o.a. Verein Pflegegelder für Heimkinder und Jugendliche falsch abgerechnet und für Zwecke der iranischen Volksmudschaheddin verwendet“ habe.

Die Staatsanwaltschaft Köln (STA) soll mit einer Ermittlungskommission ermitteln. Wegen der Bedeutung der Sache soll als Kommissionsleiter der Chef der Abteilung Zentrale Kriminalitätsbekämpfung/Kriminalgruppe 2 (Organisierte Kriminalität) eingesetzt sein.


Die Landesregierung wird gebeten einen Bericht darüber abzugeben. Folgende Themenbereiche sind von Bedeutung:

1.
Aus welchen Gründen hat das BKA in der Vergangenheit gegen den o.a. Verein ermittelt und nicht die Polizeibehörden in NRW beziehungsweise die STA Köln?
2.
Auf welcher Rechtsgrundlage wurde das BKA tätig?
3.
Welche Informationen liegen der Landesregierung über den o.a. Verein vor?

4.

Hat die Landesregierung eigene Erkenntnisse über Unregelmäßigkeiten oder Rechtsverstöße des o.a. Vereins, die in Zusammenhang mit der Tätigkeit des Vereins „Iranische Flüchtlingskinderhilfe e.V.“ beziehungsweise in Verbindung zu diesem Verein stehenden Organisationen oder Personen stehen?

Mit freundlichen Grüßen

Herst 

An den
Vorsitzenden des Innen-Ausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Klaus-Dieter Stallmann, MdL

- im Hause -

08. August 2002

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der CDU-Fraktion beantrage ich für die nächste Sitzung des Innen-Ausschusses folgende Themen auf die Tagesordnung zu setzen:

- Einsatz von Videoüberwachungskameras durch die Polizei in Nordrhein-Westfalen
- Auslagen des Polizeiobermeisters Ralf W. infolge seines Auftretens als Nebenkläger im Prozess vor dem Landgericht Wuppertal (Bericht der BILD-Zeitung vom 04. August 2002)

Mit freundlichen Grüßen



Theo Kruse MdL

CDU-Landtagsfraktion
Nordrhein-Westfalen

Theo Kruse MdL
Innenpolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion

An den
Vorsitzenden des Innen-Ausschusses
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Herrn Klaus-Dieter Stallmann, MdL

- im Hause -

08. August 2000

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der CDU-Fraktion beantrage ich für die nächste Sitzung des Innen-Ausschusses folgende Themen auf die Tagesordnung zu setzen:

- Einsatz von Videoüberwachungskameras durch die Polizei in Nordrhein-Westfalen
- Auslagen des Polizeiobermeisters Ralf W. infolge seines Auftretens als Nebenkläger im Prozesses vor dem Landgericht Wuppertal (Bericht der BILD-Zeitung vom 04. August 2000)

Mit freundlichen Grüßen


Theo Kruse MdL

CDU-Landtagsfraktion NRW
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

Tel. (0211) 884 - 2762
Fax (0211) 884 - 3366
e-mail: kruse-theodor@nrwcd-fraktion.de

